



Das V, das Geld und Europa – 2

Von Friederike Spiecker | 22.05.2020

Warum scheut sich die deutsche Krisenpolitik, die für ein "Ferienszenario" erforderliche Finanzierung der Wirtschaft durch staatliche Kredite zu übernehmen? Antwort: Es ist die unbegründete Angst vor staatlicher Überschuldung und Inflation. Sie nimmt erheblichen negativen Einfluss darauf, wie Europa die Corona-Krise bewältigt.

Die deutsche Schuldenphobie ist fatal, weil sie all das mitbestimmt, was neoliberale Ökonomen zur Bewältigung der Corona-Krise in Europa zu sagen haben, und der Einfluss dieser Ökonomen auf die Politik groß ist. Ein mit der Ablehnung staatlicher Schulden eng zusammenhängender Punkt, der das Denken dieser Ökonomen wesentlich prägt, ist die Marktgläubigkeit.

So empfiehlt Clemens Fuest in dem in Teil 1 erwähnten [Gespräch](#) des Wirtschaftsbeirats Bayern mit Hans-Werner Sinn, dass der von der EU-Kommission vorgeschlagene European Recovery Fund (ERF) nur Projekte finanzieren solle, die einen "Mehrwert" mit sich brächten im Vergleich zu Projekten, die genauso gut auf nationaler Ebene durchgeführt und finanziert werden könnten. Denn Schulden für nationale Projekte könnten im Prinzip alle Länder selbst aufnehmen, was gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, auf das Hans-Werner Sinn zustimmend hinweist, auch besser sei.

„Multiple Gleichgewichte“ oder Herdenverhalten

Doch wie sollen hoch verschuldete EWU-Länder, z.B. Italien, jetzt in der Krise die für wirksame Rettungspakete erforderliche Finanzierung bewerkstelligen, ohne enorme Zinssteigerungen für ihre

Staatsanleihen zu riskieren, die ihre fiskalische Handlungsfähigkeit untergraben? Fuest erklärt (ab Minute 18), dass es um das "*Investorenvertrauen oder – in der Fachsprache der Ökonomen – um multiple Gleichgewichte*" gehe. Mit "multipel" ist gemeint, dass sich die Dinge in die eine oder auch in die entgegengesetzte Richtung entwickeln können.

(Was daran gleichgewichtig sein soll, bleibt ein Geheimnis derjenigen Ökonomen, die diese Fachsprache erfunden haben und benutzen. Klimaforscher jedenfalls würden einen Punkt, an dem sich das Klima in eine Richtung dramatisch verändern kann, bestenfalls als fragiles Gleichgewicht bezeichnen und die Punkte, die bei eintretender Veränderung durchlaufen werden, gerade als aus dem Gleichgewicht geratene Entwicklung, also das genaue Gegenteil von „Gleichgewichten“, ansehen.)

Fuest erklärt weiter, um schlechte Gleichgewichte handele es sich,

"wenn Staaten bereits sehr hoch verschuldet sind und der Verdacht besteht, dass es vielleicht Probleme geben könnte mit ihrer Solvenz. Dann kann es passieren, dass Investoren das Vertrauen verlieren unter anderem deshalb, weil sie befürchten, dass andere Investoren das Vertrauen verlieren könnten. Und wenn alle Investoren glauben, dass ein hoch verschuldetes Land in die Pleite rutscht, dann werden sie sehr hohe Risikoprämien fordern oder ganz in den Käuferstreik treten."

Um ein gutes Gleichgewicht handele es sich hingegen,

"wenn alle glauben, dass dieses Land solide ist, und keine hohen Risikoprämien verlangen. Dann ist das Land vielleicht auch solide, weil es ja nur niedrige Zinsen zahlen muss. Es gibt einen Bereich, der recht fragil ist. Da kann man leicht von einem ins andere Gleichgewicht rutschen und das ist ein Problem für Länder, die keine eigene Notenbank haben."

Wie falsch die Vorstellung ist, die Finanzmärkte könnten oder müssten beurteilen, ob ein Staat vertrauenswürdig ist, zeigt sich an diesem Beispiel sehr klar. Fuest beschreibt Herdenverhalten an Kapitalmärkten (alle Investoren glauben etwas Bestimmtes), das mit der Grundidee von Marktwirtschaft eigentlich nichts zu tun hat. Die Marktlösung wird ursprünglich als vorteilhafter Preisfindungsmechanismus angesehen, weil viele Marktteilnehmer ihr ganz unterschiedliches Wissen an einem Markt einbringen. Daraus entstünde, so die Vorstellung, eine jedem staatlichen Handeln überlegene Lösung. Denn der Staat könne in komplexen Systemen niemals so viel Wissen akkumulieren wie die Summe aller einzelnen Marktteilnehmer.

Sobald sich aber die meisten Marktteilnehmer von ein und derselben bestimmten Idee leiten lassen (hier also die, dass ein Staat solide sei, oder eben die, dass er es nicht sei), entsteht Herdenverhalten, bei dem die Korrektur der einen Idee durch andere Ideen und anderes Verhalten nicht mehr erfolgt. Was sich daraus ergibt, muss man unter falscher oder ungeeigneter Preisbildung abhandeln. Die

Bezeichnung "multiple Gleichgewichte" ist nur der krampfhafteste Versuch, die (hier nicht mehr vorhandene) Marktüberlegenheit bei der Preisfindung irgendwie zu retten. Die große Finanzkrise der Jahre 2008/2009 und viele andere Spekulationswellen haben eindeutig gezeigt, dass Märkte, auf denen Herdenverhalten häufig vorkommt, systematisch falsche Preise erzeugen, die dann in gewaltigen Krisen korrigiert werden.

Insbesondere an den Devisenmärkten hat [Spekulation des carry trade-Typs](#) in den vergangenen zwanzig Jahren große Schäden angerichtet, weil die Währungen von Ländern mit relativ hohen Inflationsraten systematisch auf- statt abgewertet wurden. Brasilien nach der Jahrhundertwende ist der klassische Fall einer Falschbewertung durch Märkte, die viele Jahre andauerte und die Exportindustrie des Landes schwer gebeutelt hat. Ein anderes Beispiel ist die Schweiz. Warum stellt sich wohl die Schweizer Zentralbank seit vielen Jahren nahezu jeden Tag gegen die "Märkte" (und hat inzwischen gemessen am Schweizer Bruttoinlandsprodukt eine der höchsten Bilanzsummen der Welt), wenn man erwarten könnte, dass die „multiplen Gleichgewichte“ doch auf eine geheimnisvolle Weise zu einem rationalen Ergebnis führten?

Und auf Kapitalmärkten kann sich genau das gleiche, unheilvolle Spiel ereignen. Fuests Satz "*Dann ist das Land vielleicht auch solide, weil es ja nur niedrige Zinsen zahlen muss.*" zeigt, wie tautologisch die Argumentation ist, oder simpel ausgedrückt, wie sich die Katze selbst in den Schwanz beißt: Ein Land ist solide, wenn ihm die Investoren vertrauen, weil es dann keine übermäßig hohen Zinssätze berappen muss. Wenn ihm die Investoren nicht vertrauen, ist es nicht solide, und zwar schon allein deshalb, weil es dann durch übermäßig hohe Zinsen in eine Schuldenspirale gerät. Wo ist da das eigenständige, herdenunabhängige Argument, woran sich "Solidität" objektiv bemisst?

Wenn da von internationaler Wettbewerbsfähigkeit des Landes die Rede wäre, könnte man sinnvoll weiterdiskutieren. Man könnte fragen, wovon die in einer Währungsunion abhängt. Und dann käme man schnell auf die Diskrepanz der Preisniveaus innerhalb der EWU zu sprechen. Aber dabei käme dann auch unweigerlich Deutschlands merkantilistische Strategie auf den Tisch. Und die ist immer noch tabu. Also belässt man es lieber bei einer Begründung, die irgendwie plausibel klingt, sich aber bei Licht besehen im Kreis dreht.

Wer hat Vorrang, Staaten oder Investorenherden?

Wenn man den Rating-Agenturen und den "Investoren" auf den Kapitalmärkten mit ihrem Herdenverhalten die Entscheidung darüber überlässt, welches Land solide ist und welches nicht, dann ist es Finanzspekulantens ein Leichtes, eine für sie lukrative Hexenjagd gegen ein Land anzuzetteln. Und dann ist es ein vitales Problem, wenn das betreffende Land keine Notenbank hat, die sich ohne Wenn und Aber hinter es stellt. In der EWU hat die EZB die Zentralbank jedes einzelnen Mitgliedslandes zu sein und nicht eine Institution, die nach der Pfeife von Spekulanten tanzt, spricht: die aufgrund irgendwelcher Ratings privater Finanzagenturen bzw. dem Herdenverhalten von "Investoren" entscheidet, welches Land falsche Preise ertragen muss und welches nicht. Zwar ist es in der Tat so, dass sich die [EZB an der Beurteilung privater Rating-Agenturen orientiert](#), wenn es um die Frage geht, welche Papiere sie als Sicherheiten bei der Kreditvergabe an Banken akzeptiert. Das macht Fuests Position inhaltlich aber nicht besser, sondern zeigt nur, wie gut sich die Neoliberalen

bei der inhaltlichen Aufstellung der EZB durchgesetzt haben.

Sich gegen Spekulationen zu stellen, die sich gegen die ihrem Gebiet zugehörigen Staaten richten, ist also eine wichtige Aufgabe einer Notenbank. Sinn und Fuest gestehen sie der EZB aber nicht zu, wie sie an anderer Stelle des Gesprächs (ab 1 Stunde 3 Minuten) betonen: "*... als Frau Lagarde [die Präsidentin der EZB; Anm. d. Verf.] kürzlich mal zu Protokoll gab, es sei gar nicht die Aufgabe der EZB, die Spreads zu reduzieren oder auch auf einem gewissen Niveau zu halten, womit sie ja zweifellos recht hat ...*", sagt Fuest. Und Sinn führt zustimmend weiter aus: "*Zu Frau Lagarde: Die musste ja nach dieser Äußerung ... wenige Tage später ganz massiv zurückrudern und hat dann plötzlich dieses 750 Milliarden-Programm aus dem Hut gezaubert, weil sie offenbar ganz ganz massiv bedrängt wurde.*"

Warum sollte die EZB nicht die Notenbank Italiens sein? Wie soll denn der italienische Staat jetzt die italienische Wirtschaft ankurbeln, die ja weit stärker von der Pandemie betroffen ist als die deutsche, wenn es doch bei der Kreditaufnahme an den Kapitalmärkten so leicht passieren kann, "von einem ins andere Gleichgewicht zu rutschen", soll heißen, von einer Herde von Spekulanten in eine unlösbare Situation getrieben zu werden?

In Schön-Wetter-Zeiten fällt nicht weiter auf, dass die Zentralbank eines Landes *immer* sein "lender of last resort", seine letzte Refinanzierungsinstanz, ist, weil sie dann nie in dieser Funktion gebraucht wird. Das heißt aber nicht, dass die Zentralbank in Krisenzeiten nicht genau diese Funktion ausüben muss. Einen Feuerlöscher benutzt man ja auch nicht, wenn es nicht brennt. Aber man stellt ihn sich trotzdem parat, um ihn benutzen zu können, wenn Feuer ausbricht.

Wer ist schuld an den italienischen Staatsschulden?

Üblicherweise wird an dieser Stelle der Debatte von neoliberaler Seite darauf hingewiesen, Italien sei selbst an seiner hohen Verschuldung schuld, die es jetzt so anfällig in Sachen Investorenvertrauen mache. Um im Bild des Feuerlöschers zu bleiben: Italien könne zwar nichts für den Funken, den die Pandemie erzeuge, habe aber selbst viel Brennholz aufgehäuft, das nun in Brand zu geraten drohe. Hätte das Land rechtzeitig seinen Staatshaushalt saniert, wie Deutschland das seit Jahren von ihm gefordert und bei sich selbst durch konsequentes Sparen umgesetzt habe, dann hätte auch Italien jetzt keine Probleme am Kapitalmarkt.

Nur ist das leider nicht richtig, wie ich in Teil 1 dieses Beitrags und viele andere Autoren in unzähligen anderen Beiträgen auf Makroskop seit Jahren erklären. Denn wenn sich Italien so verhalten hätte wie Deutschland, hätte es spätestens ab dem Jahr 2003 Lohndumping betreiben müssen mit dem Ergebnis, dass es mit Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit nicht so steil nach oben gegangen wäre. Deutschlands Sparwünsche wären daraufhin schwerer durchzusetzen gewesen. Deutschland hätte mit weniger Nachfrage aus dem Ausland und entsprechend geringeren Leistungsbilanzüberschüssen, dafür aber mit mehr Arbeitslosigkeit und höheren Staatsdefiziten zurechtkommen müssen.

Denn die merkantilistische Sanierungsstrategie funktioniert nicht, wenn viele Länder versuchen, sie gleichzeitig anzuwenden. Die EWU wäre dann ein paar Jahre früher in die deflationären Probleme geraten, mit denen die EZB zu kämpfen hat. Vermutlich wäre dann Spanien oder Frankreich heute der

Sündenbock – es sei denn, sie hätten das Spiel rechtzeitig durchschaut und ebenfalls in einem frühen Stadium beim Lohndumping mitgemacht.

Doch diese Zusammenhänge ignorieren neoliberale deutsche Ökonomen. Denn wie könnten sie zugestehen, dass es auf dem Arbeitsmarkt eines Landes systematisch zu falschen Preisen kommen kann? Sie müssten zugeben, dass das deutsche Lohndumping kein reines "Marktergebnis" war, sondern von staatlicher Seite orchestriert wurde durch die Einführung der Hartz IV-Gesetze. Mit anderen Worten: Sie müssten einräumen, dass es auf dem Arbeitsmarkt großenteils um Machtverhältnisse geht und nicht um die Entlohnung einer wie auch immer definierten "Grenzproduktivität". Die Grundüberzeugung, Arbeitslosigkeit herrsche, wenn die Löhne "zu hoch" seien, und müsse deshalb durch sinkende Löhne bekämpft werden, bräche in sich zusammen.

Das aber würde das neoliberale Weltbild so stark erschüttern, dass man es ganz beiseitelegen müsste. Also entfällt dieser schonungslose Blick und schiebt man lieber Italien komplett die Schuld an seinen Schulden zu. So ein Vorgehen ist bequem, weil es hierzulande naturgemäß kaum hinterfragt wird und sich deshalb spielend in allen Medien verkauft. Obendrein enthebt es die neoliberale Schule des Vorwurfs, für den deutschen Niedriglohnssektor *und* die Spannungen innerhalb der EWU verantwortlich zu sein.

Kredite aus dem ESM als Lösung?

Zurück zu Fuests "Fragilität" des "Gleichgewichts" am Kapitalmarkt für Italien. Seine Antwort auf das Finanzierungsproblem, vor dem Italien jetzt steht, wenn es seine Wirtschaft schützen will, ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) mit seinen Programmen:

"Das heißt, in Europa sagen wir, wer in Schwierigkeiten gerät, wem ein Kollaps des Investorenvertrauens droht, der kann immer vom ESM, also letztlich von den anderen europäischen Staaten unterstützt werden, Kredite erhalten. Und die Hoffnung ist die, dass dadurch das Investorenvertrauen erhalten bleibt zunächst mal. Und das ist ja auch wünschenswert ... oder unbedingt notwendig insbesondere in einer so kritischen Situation, wie wir sie derzeit haben."

Das ist alles. „Kollaps des Investorenvertrauens“ heißt das bei den Marktgläubigen statt „false pricing“, wie man die falschen Preise auf Englisch nennt. Dem Herdentrieb wird Vorrang eingeräumt vor einer fundierten ökonomischen Analyse. Als Reparaturbetrieb bei möglichen Schäden durch die Investorenherde wird ein Finanzierungsmechanismus empfohlen, der die Souveränität eines demokratisch legitimierten Parlaments bei der Wirtschaftspolitik im Zweifel erheblich einschränkt, wie aus der Geschichte des ESM wohl bekannt ist. Die extrem schlechten Erfahrungen, die Länder mit der Konditionalität der ESM-Kredite in und nach der Eurokrise 2012 gemacht haben, werden nicht weiter erwähnt. Kein Wort zur Sparpolitik, zu der Länder maßgeblich auf deutsches Betreiben hin gezwungen wurden und die ihnen bis heute schweren Schaden etwa in Form hoher Arbeitslosigkeit und unterfinanzierter öffentlicher Infrastruktur, nicht zuletzt im Gesundheitswesen, zugefügt hat.

Dem würden die neoliberalen Ökonomen freilich vehement widersprechen. Denn die [bis zu 240 Milliarden Euro reichenden ESM-Kredite für Gesundheitskosten in der Pandemie](#) seien unkonditioniert. Klaus Regling, der geschäftsführende Direktor des ESM, [sagte Mitte Mai](#):

"Es ist eine Krise, die nicht durch falsche Politik ausgelöst wurde. Keine Regierung kann dafür verantwortlich gemacht werden, was jetzt passiert. Folglich gebe es auch keine andere Bedingung, als die Vorgabe, das Geld für Gesundheitsausgaben zu verwenden."

Genau diese Bedingung ist aber das Problem, weil dadurch die unkonditionierten Kreditmittel mit abgesichert niedrigem Zinssatz stark begrenzt sind, die die von der Pandemie besonders betroffenen Länder wie Italien einsetzen können.

Es geht aber mitnichten allein um die Finanzierung des Gesundheitssektors, damit die Folgen der Pandemie verkraftet werden können, es geht vielmehr um die Abwendung einer Abwärtsspirale ganzer Volkswirtschaften. Fuests Hinweis auf den ESM zur Finanzierung kurzfristiger Hilfen kann daher kaum anders verstanden werden als so, dass über die Kosten des Gesundheitssektors hinausgehender Kreditbedarf eben mit den üblichen harten und makroökonomisch mehr als zweifelhaften Konditionen verbunden wäre. Der CSU-Finanzpolitiker Hans Michelbach formuliert in einem [Interview des Deutschlandfunks](#):

"Wir haben 35 Milliarden für Italien alleine in den Raum gestellt; da ist noch kein Euro genutzt worden. So dringend kann die Not eigentlich gar nicht sein."

Vergleicht man diese 35 Milliarden mit den hunderten von Milliarden, die die deutsche Regierung zur Unterstützung deutscher Unternehmen und deutscher Arbeitnehmer bereitstellt, klingt der letzte Satz aus dem Zitat wie Hohn.

Befürchtungen, dass die Konditionierung neuer ESM-Kredite in der Corona-Krise auf Dauer dazu dienen könnte, dass Deutschland auf Jahre hinaus kräftig in Italien mitregieren würde, werden nicht diskutiert. Ein Schelm, wer da argwöhnt, die italienische Wirtschaft könnte durch Sparvorgaben aus Deutschland so geschwächt werden, dass es auf Dauer keine italienischen Unternehmen mehr gäbe, die deutschen Unternehmen ernsthaft Konkurrenz machen könnten! Wen es da noch wundert, dass sich Italien in der aktuellen Krise nicht auf ESM-Kredite einlassen will, der muss recht naiv sein.

Und die übrigen Hilfspakete?

Doch für Fuest scheint mit dem Hinweis auf den ESM die Frage der kurzfristigen nationalen Krisenfinanzierung erledigt zu sein. Daher konzentriert er sich in dem besagten Gespräch darauf, was auf europäischer Ebene mit dem Europäischen Wiederaufbaufonds (ERF) finanziert werden sollte. In Frage kämen seiner Ansicht nach wegen des bereits erwähnten "Mehrerts" hauptsächlich grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte. Dass sie bei der Überwindung der Corona-Krise nicht

hilfreich sein werden, erklärt er selbst:

"Ich denke ..., dass es schwer sein wird, dieses Geld unterzubringen. Wenn wir uns mal erinnern, wie lang andere Investitionsprojekte dauern, die man anschiebt in Europa, dann müssen wir sagen, dass es viele Jahre dauern wird. Wahrscheinlich werden die Gelder, wenn sie wirklich für grenzüberschreitende Projekte eingesetzt werden, dann ist doch zu befürchten, dass es viele Jahre dauern wird und die Corona-Krise schon Geschichte sein wird, bis das Geld eingesetzt wird."

Kurzfristig stellen also neoliberale Ökonomen Italien vor die Wahl, die Konditionalität von ESM-Krediten zu akzeptieren oder keine zusätzlichen Finanzhilfen zu den bisherigen Maßnahmen in erforderlicher Größenordnung zu bekommen. Und langfristig wird die Corona-Krise ohnehin Geschichte sein. Allerdings keine V-Geschichte, das haben diese Ökonomen vergessen dazu zu sagen.

Es gibt inzwischen noch einige andere Hilfsangebote auf europäischer Ebene. Das *Sure* genannte Programm, mit dem die Finanzierung von Kurzarbeitergeld in der EU durch günstige Kredite unterstützt werden soll, reicht mit seinen 100 Milliarden Euro u.a. wegen der dafür von den Mitgliedstaaten aufzubringenden Bürgschaft von 25 Milliarden Euro nicht allzu weit. Zudem ist das Programm mit Rückzahlungsaufgaben versehen genau wie die Kredite der Europäischen Investitionsbank, der von der Kommission geplante Europäische Wiederaufbaufonds (ERF) und ganz aktuell parallel dazu der deutsch-französische Vorschlag eines 500 Milliarden Euro schweren Anleiheprogramms für den EU-Haushalt.

Wie man es auch dreht und wendet, alle diese Programme kranken an zwei Problemen: Sie gehen erstens von der Vorstellung aus, dass die staatlichen Kredite zurückgezahlt werden müssen. Heiner Flassbeck hat in seinem [Beitrag "Wir können die Corona-Schulden nicht zurückzahlen"](#) erklärt, warum das undurchführbar ist, wenn Europa nicht in einer Dauerrezession versinken soll. Zweitens werden außer dem *Sure*-Programm alle Angebote der Kurzfristigkeit nicht gerecht, mit der jetzt geholfen werden muss, um eine europaweite Abwärtsspirale zu stoppen.

Ohne die EZB geht es nicht

Das Programm, das jetzt am besten kurzfristig hilft, ist das Anleihekaufprogramm PEPP der EZB in Höhe von 750 Milliarden Euro, das die Zinsabstände zwischen den EWU-Staaten niedrig hält. Denn durch dieses Programm wird wenigstens bis zu einem gewissen Grad ermöglicht, dass jeder Staat ohne zeitraubende Diskussion in der Kommission oder im EU-Parlament dort seine Wirtschaft stützen kann, wo er es für am dringendsten hält. Dass dieses Programm nicht zu den Maastricht-Regeln zur maximalen Staatsverschuldung passt, ist offensichtlich. Dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommen kann, weil ein Land diese Branche unterstützt, ein anderes jene etc., ist leider wahrscheinlich. Das kommt jedoch unter den jetzt angefangenen und diskutierten Programmen auch nicht anders. Und dass PEPP de facto eine Staatsfinanzierung durch die Zentralbank darstellt, darum braucht man nicht herumzureden. In einer so außergewöhnlichen Krise wie der gegenwärtigen ist Hilfe nicht anders wirkungsvoll zeitnah möglich.

Sind erst einmal die schlimmsten ökonomischen Folgen der Pandemie abgefangen, muss über das ungelöste Grundproblem der EWU, ihre teilweise falschen und unvollständigen Vertragsgrundlagen, vernünftig gesprochen werden. Es ist – anders als das neoliberale Ökonomen glauben machen wollen (Sinn spricht – ab Minute 50 in dem [besagten Gespräch](#) – von einer Droge, die schwer abzusetzen sei) – nicht zwingend erforderlich, nach Überwindung der Krise zusätzliche Staatsschulden permanent durch die EZB finanzieren zu lassen. Das Problem ließe sich mit dem makroökonomischen Dialog unter Einbeziehung der Lohnpolitik lösen, weil das Problem unterschiedlich hoher Schulden mit dem Problem unterschiedlicher Preisniveaus durch unterschiedliche Lohnstückkostenentwicklungen untrennbar verzahnt ist. Aber es darf keinen Versuch geben, die Pandemie-Altschulden zurückzuzahlen – das Maastricht-Kriterium der 60-Prozent-Schuldengrenze für die Mitgliedsstaaten muss fallen.

Doch die Hoffnung, dass man die EZB jetzt in Ruhe den vordringlichsten Bedarf finanzieren lässt, bevor die Länder der EWU vollends in einen sich selbst verstärkenden Abwärtstau mel geraten, ist gering. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum 2015 aufgelegten Anleihekaufprogramm PSPP weist in die entgegengesetzte Richtung. Praktisch alle Äußerungen der führenden deutschen Ökonomen laufen darauf hinaus, die stärker verschuldeten EWU-Mitglieder auf Jahre hinaus mit zusätzlichen Schuldenmühlsteinen zu behängen, was auf eine andauernde Gängelung und mutmaßliche Benachteiligung dieser Länder hinausläuft.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die es unter diesen Vorzeichen unweigerlich in ganz Europa geben wird mit vielen perspektivlosen und entmutigten Menschen – möglicherweise ohne Europäische Union, ohne eine gemeinsame Währung –, werden dann viele Ökonomen mit mangelnder Flexibilität der europäischen Arbeitsmärkte, mit unhaltbarem Schuldenmachen vor allem der Südeuropäer und dadurch nicht rechtzeitig angepassten Strukturen erklären. Wer glaubt, aus der Asche der verbrannten Erde, die dieser Wahnsinn hinterlassen wird, könne sich Deutschland wie ein Phönix stolz über die anderen erheben, irrt gewaltig.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 22.05.2020

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2020/05/das-v-das-geld-und-europa-2/>